



Justiz- und Sicherheitsdepartement

Bahnhofstrasse 15
Postfach 3768
6002 Luzern
Telefon 041 228 59 17
Telefax 041 228 67 27
justiz@lu.ch
www.lu.ch

KKJPD
Generalsekretariat
Herr Florian Düblin
Speichergasse 6
Postfach
3000 Bern 7

(per Mail an: florian.dueblin@kkjpd.ch)

Luzern, 7. Dezember 2016 pd

Schengen/Dublin: Ausweitung der Visaliberalisierung auf die Ukraine

Sehr geehrter Herr Düblin

Mit Mail vom 24. November 2016 haben Sie uns eingeladen, zur oben erwähnten Schengen-Weiterentwicklung Stellung zu nehmen.

Wir sprechen uns gegen eine Ausweitung der Visaliberalisierung auf die Ukraine aus. Wie bereits in unserer Stellungnahme zur Ausweitung der Visaliberalisierung auf Georgien festgehalten, kommt der Zeitpunkt der Ausweitung für eine Visaliberalisierung auf die Ukraine ungelegen.

Die Europäische Union hat die Aufhebung des Visumszwangs für Georgien nach Bedenken von Frankreich, Deutschland und Italien wegen vermehrter organisierter Kriminalität aufgeschoben. Deutschland und Frankreich hatten vor dem Sommer eine Verschärfung betreffend den Entzug der Visafreiheit durchgesetzt. Die EU-Staaten und das Europaparlament verhandeln aktuell über eine einfachere Ausstiegsklausel – etwa bei Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung. Darunter fällt auch organisierte Kriminalität.

Im Fall der Ukraine sehen wir weniger die organisierte Kriminalität als vielmehr die Korruption und die instabile wirtschaftliche und politische Lage als Hinderungsgründe für eine Visaliberalisierung. Diese Gründe könnten einige der 46 Millionen Ukrainer dazu bewegen, die Flucht Richtung EU anzutreten und nach einer visumsfreien Einreise Asylanträge zu stellen.

Unter Berücksichtigung dieser Aspekte wird mit der Visaliberalisierung für die Ukraine ein falsches Zeichen gesetzt.

Wir danken für Ihre Kenntnisnahme.

Freundliche Grüsse

Paul Winiker
Regierungsrat